



inhaltsverzeichnis

[home](#)
[bremen](#)
[niedersachsen](#)
[regionales](#)
[politik](#)
[wirtschaft](#)
[sport](#)
[aus aller welt](#)
[kultur](#)
[impressum](#)



Radar-Opfer sollen endlich entschädigt werden

Verteidigungsministerium will jetzt den Empfehlungen von Experten folgen

Berlin (ap). Den etwa 3000 Opfern von Radarstrahlung bei Bundeswehr und Nationaler Volksarmee der DDR (NVA) wird Hoffnung auf Entschädigung gemacht. Eine Expertenkommission hat empfohlen, den meist krebskranken Menschen unkomplizierter als bisher zu helfen. Verteidigungsstaatssekretär Walter Kolbow sagte, man werde sofort auf der Grundlage der Kommissionsempfehlung Lösungen suchen.

Die Kommission empfiehlt in dem gestern offiziell vorgelegten Bericht vor allem ein vereinfachtes Verfahren für Radartechniker der Bundeswehr, die vor 1975 gedient haben und danach Krebs bekamen. Bei ihnen solle grundsätzlich ein Zusammenhang zwischen Strahlenbelastung und Krankheit unterstellt und eine Entschädigung gezahlt werden, sagte Kommissionschef Wolfram König, der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz. Damit wären diese Opfer davon befreit, den langwierigen und schwierigen Nachweis zu führen, dass die Krankheit tatsächlich Folge der Strahlenbelastung ist.

In der Zeit zwischen 1975 und 1985 seien bei der Bundeswehr zumindest Strahlenmessungen vorgenommen worden, sagte König. Somit lasse sich jeder Einzelfall rekonstruieren. Nach 1985 seien hingegen so gründliche Schutzmaßnahmen durchgesetzt worden, dass „mit erhöhter Strahlenexposition in dieser Phase nicht zu rechnen“ sei.

Bei der NVA sei die Belastung des Personals an den Radargeräten insgesamt schlecht nachvollziehbar. Zu Gunsten der Strahlenopfer solle dort bis 1989 ein Zusammenhang mit aufgetretenen Krebskrankheiten unterstellt werden, sagte König.

Würden die Empfehlungen umgesetzt, könnte die Entschädigung erheblich beschleunigt werden, sagte Anwalt Remo Klinger, dessen Berliner Kanzlei etwa 900 Armee-Strahlenopfer vertritt. Bei den Opfern handelt es sich um größtenteils langgedientes Bedienungs- und Wartungspersonal von Radargeräten der Armee, das radioaktiver Strahlung ausgesetzt war.

Der frühere Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte ihnen vor zwei Jahren schnelle und unbürokratische Hilfe versprochen. Grundlage war damals der Bericht einer anderen Expertenkommission. Die Bearbeitung der Anträge durch das Verteidigungsministerium zog sich jedoch hin. Gleichzeitig kamen immer neue hinzu. Von etwa 3000 wurden bisher Medienberichten zufolge nur ein gutes Dutzend entschieden.

Der Vorsitzende des Bundes zur Unterstützung Radargeschädigter, Peter Rasch, begrüßte den Expertenbericht. Er beschwor jedoch Ministerium und Abgeordnete, schnell zu handeln. Jeden Monat erlügen mehrere Geschädigte ihren schweren Krankheiten.



[zurück](#)

[senden](#)

[drucken](#)



© 2003 weser-kurier online

[nach oben](#)